



Die Regierung plant im Gesundheitswesen tiefe Einschnitte. Für die Bevölkerung heisst das: Die Krankenkassenprämien werden massiv erhöht.

Versicherte müssten bluten

Geplantes Sparpaket der Regierung Tschüscher treibt OKP-Prämien in lichte Höhen

VADUZ – Das Schweigen hat ein Ende. Regierungschef Tschüscher hat nun preisgegeben, wo er jährlich 160 Mio. Franken einsparen will. Am gravierendsten sind die Einschnitte im Bereich Soziales.

• Michael Benvenuti

15 Millionen weniger für das Staatspersonal, 15 Millionen weniger beim Sachaufwand, 50 Millionen weniger für die Gemeinden und 80 Millionen weniger für Beitragsleistungen an die AHV, Krankenversicherungen und eventuell weitere soziale Einrichtungen: So will Regierungschef Klaus Tschüscher künftig 160 Millionen Franken pro Jahr einsparen und damit den Staatshaushalt wieder auf Vordermann bringen.

2500 Franken mehr pro Jahr

Speziell das Sparpaket im Bereich Soziales zielt dabei direkt auf

Bei Variante 1 wird grundsätzlich an den Strukturen des aktuellen Finanzierungssystems festgehalten. Lediglich der Staatsbeitrag an übrige Versicherte (im Jahr 2007 CHF 48 Mio.) wird eliminiert. Die Rückversicherung von Hochpreisleisten wird damit nicht mehr durch den Staat ertragen, sondern den Krankenkassen übertragen. Als Folge des Wegfalls des Staatsbeitrages an übrige Versicherte würden die Prämien und die Kostenbeteiligungen erhöht werden müssen. Es würden weiterhin Arbeitgeberbeiträge an die Prämien erhoben. Der absolute Betrag der Arbeitgeber pro versicherte Person soll jedoch die aktuelle

prämien zurückfließen. Dies erfolgt über die Aufhebung eines Rückforderungs. Dieser kann einseitig wie bisher aus dem Steuerabzug oder über eine neue einstufige und einpersonenabhängige Gesundheitssteuer finanziert werden. Der ursprüngliche Teil des Staatsbeitrages an die Kosten der übrigen Versicherten wäre durch diese Lösung wiederhergestellt. Nicht im stärkeren Masse als unter Variante 2 werden bei diesem Modell die Prämien und Kostenbeteiligungen erhöht werden müssen. Die Prämienlast bliebe im Vergleich zur schweizerischen Durchschnittsprämie und gemessen am Prokopfgeldkommen der liechtensteinischen Bevölkerung jedoch trasser. Ein zusätzlicher Anreiz zu Gesundheitsleistungen

Auszüge aus dem Expertenbericht zum heimischen Gesundheitswesen.

das Portemonnaie der Liechtensteiner ab. Wie dem Expertenbericht zum Gesundheitssystem zu entnehmen ist, denkt die Regierung laut darüber nach, die Staatsbeiträge an die OKP und an die Spitäler ersatzlos zu streichen (das «Volksblatt» berichtete exklusiv).

Das würde die Versicherten teuer zu stehen kommen, wie die Beantwortung einer Kleinen Anfrage

vom 12. Dezember 2008 zeigt: So wären die Krankenkassenprämien für 2009 bei einem Wegfall des Staatsbeitrages an die OKP pro Versicherten um ca. 90 Prozent oder 2400 Franken pro Jahr gestiegen. Mittlerweile wurde der Staatsbeitrag um weitere 5 Millionen Franken auf 57 Mio. Franken erhöht – der Prämienschock wäre also noch gewaltiger.

Doch damit nicht genug: Sollte auch der Staatsbeitrag an die Spitäler (rund 20 Mio. Fr.) eliminiert werden, «müssten die Prämien und Kostenbeteiligungen in noch stärkerem Masse als unter Variante 1 (nur Streichung des OKP-Staatsbeitrages) erhöht werden», heisst es dazu im bis vor Kurzem streng unter Verschluss gehaltenen Expertenbericht der Regierung, welcher dem «Volksblatt» vorliegt.

AHV- und IV-Bezüger im Visier

Sparpotenzial hat die Regierung auch bei den Rentnern und Invaliden geortet. Laut Gesundheits-Zwischenbericht will Regierungsrätin Renate Müssner bei AHV- und IV-Bezüger die Daumenschraube anziehen. So soll es «in Zukunft vermieden werden, (...) dass auch solche AHV-/IV-Bezieher Anspruch auf Prämienverbilligung haben, obwohl für sie dazu keine wirtschaftliche Notwendigkeit besteht».